



## Der Föderalismus frisst seine Kinder

**Die Beamtinnen und Beamten des Bundes bekommen mehr Geld. Ihre Bezüge sollen zunächst im Rückgriff auf den Jahresbeginn um 50 Euro und danach ab 1. 4. 2008 um 3,1% steigen. Der nächste Aufschlag mit weiteren 2,8% folgt ab 1. 1. 2009. Damit wird das Ergebnis der letzten Tarifrunde auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen. Gut so! Aber die Frage muss erlaubt sein: Sind wir in Rheinland-Pfalz Beamte dritter Klasse?**

Der Bundesinnenminister will per Gesetz den gerade abgeschlossenen Tarifvertrag (TVöD) auf den Beamtenbereich übertragen. Das bringt für die Bundesbeamtinnen und -beamten und ihre bereits pensionierten Kolleginnen und Kollegen ordentliche Einkommenssteigerungen. Der Gesetzentwurf sieht vor: Erhöhung der Grundgehaltssätze um 50 Euro zum 1. 1. 2008, lineare Erhöhung um 3,1% zum 1. 4. 2008 und nochmalige lineare Erhöhung um 2,8% ab 1. 1. 2009. Anteilig profitieren die Pensionäre von der Einkommenssteigerung. Zudem erhalten die Beamtinnen und Beamte (nicht die Pensionäre) am 1. 1. 2009 eine Einmalzahlung von 225 Euro.

Wir freuen uns natürlich darüber, dass der Bundesdienstherr Wolfgang Schäuble die wesentlichen Inhalte des Tarifvertrages auch auf seine Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger übertragen will. Doch als Rheinland-Pfälzer muss man sich schon fragen: Und ich?

Es ist nun wirklich an der Zeit, dass Kurt Beck und seine SPD-Regierung auch die beamteten Beschäftigten unseres Landes an den Einkommenszuwächsen teilhaben lässt. Er selbst forderte doch in den letzten Monaten immer wieder, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten von der anziehenden Wirtschaftsentwicklung profitieren. Da, wo gleichberechtigt Tarifverträge geschlossen werden können und die Politik sich raushalten muss, klappt das auch. Für die Rentnerinnen und Rentner springen Beck und Merkel gemeinsam in die Bresche, um eine Aufstockung der Renten außer der Reihe



Ministerpräsident Kurt Beck

durch den Bundestag zu bringen. Auch das begrüßen die Gewerkschaften. Aber im eigenen Land mit den direkten gesetzlichen Kompetenzen fährt Beck eine gegenläufige Linie, koppelt mit den Beamtinnen und Beamten des Landes eine ganze Beschäftigtengruppe von einer gleichwertigen Einkommensverbesserung einfach ab. Sie sollen sich mit einem äußerst knapp bemessenen Zuschlag zur Besoldung abfinden und müssen frustriert zuschauen, wie ihre Kolleginnen und Kollegen beim Bund und den anderen Ländern Monat für Monat ein Mehrfaches an Einkommensverbesserung einstreichen. Warum wurde für die Landesbeamtinnen und -beamten in diesen zwei Jahren nicht das Tarifiergebnis übernommen? Das hätte beispielsweise zum Jahresbeginn 2008 eine Besoldungserhöhung um 2,9% ausgemacht.

In den Kommunen wird der „Föderalismus-Quatsch“ sogar noch deutlicher. Da sitzen sich Beamte und Beschäftigte gegenüber, die Einen mit 0,5% Besoldungserhöhung und die Anderen mit 5% Einkommensverbesserung aus dem Tarifiergebnis. Der 50-jährige Polizeihauptkommissar bei der Bundespolizei hat am 1. 7. 2008 jeden Monat 140 Euro mehr in der

Tasche als sein Kollege aus Rheinland-Pfalz. Der Pensionär beim Bund freut sich über rund 4,5% monatlichen Pensionszuschlag ab 1. 4. 2008, Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz haben nichts. In anderen Bundesländern ist es ab August des Jahres so weit, dass eine Polizeimeisterin (A 7) netto in etwa so viel bekommt wie eine Polizeikommissarin (A 9) in unserem Bundesland. Wohin soll dieser Unsinn denn noch führen? Der Beschluss der Landesregierung, Einkommensverbesserungen für 2009 entsprechend dem kommenden Tarifabschluss ins Auge zu fassen, setzt das richtige Signal für die Zukunft, aber beseitigt nicht die Ungerechtigkeiten der beiden letzten Jahre. Für seine monatliche Besoldungserhöhung von netto „immerhin“ 12,85 Euro kann sich ein Oberkommissar im Sommer nicht mal 8 Liter Benzin leisten.

Ministerpräsident Kurt Beck und seine Regierung dürfen nicht einfach sagen: „Augen zu und durch.“ Das ist zu wenig. Wir erwarten, dass die Besoldungsplanung für 2008 angesichts der Abschlüsse in anderen Bereichen, angesichts der Entwicklung beim Bund und in den Kommunen sowie den meisten anderen Ländern noch einmal neu in den Fokus genommen wird. Die bereits im Jahr 2006 getroffene Festlegung auf je 0,5% Besoldungsanpassung für die beiden kommenden Jahre steht heute in anderem Licht und war, das ist mit aller Deutlichkeit zu sagen, ein Fehler. Fehler einzugestehen zeugt von Stärke. Diese Stärke fordern wir ein.

Wir werden nicht locker lassen. In Rheinland-Pfalz gibt es ca. 3 Millionen Wählerinnen und Wähler. Die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger zählen ca. 100 000. Das sind ungefähr 3,3% Wählerstimmen. Wir haben eine starke Stimme, wenn wir gemeinsam handeln. Daher müssen wir selbstbewusst sein. Wir sind keine Bittsteller, wir sind Wähler. Jeder Kollege, jede Kollegin, jeder Versorgungsempfänger und jede Hinterbliebene sollte sich mit seinem und ihrem Abgeordneten auseinandersetzen und unseren Anspruch klarmachen. 3,3% Wählerstimmen sind ein Pfund, 3,3% Besoldungserhöhung auch. Macht mit. Es lohnt sich.

**HWG**



# Landesregierung verunsichert Polizei

**Auf einhellige Ablehnung und teils heftigen Widerstand bei Aktiven und Pensionären stoßen die Vorschläge der Landesregierung, wesentliche Teile der Polizeiarbeit vom Land auf die Kommunen zu übertragen. Von der Kursänderung wurde nicht nur die GdP überrascht. Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch teilten ihre Vorschläge via Pressekonferenz in Mainz mit.**

In ersten Reaktionen äußerten die Kollegen gegenüber der GdP ungläubiges Erstaunen. Sämtliche Verkehrsüberwachung – mit Ausnahme der BAB – soll von der Polizei auf die Kommunen übertragen werden. Viele Länder Europas beenden die deutsche Polizei wegen ihres klar strukturierten Aufbaus: Schutz- und Kriminalpolizei arbeiten unter einem Dach an der Kriminalitätsbekämpfung und der Verkehrssicherheitsarbeit. Vierterort wird die Zersplitterung der Polizei in Militärpolizei (Gendarmerie pp.),



Überwachung des fließenden Verkehrs zukünftig durch eine Kommunalpolizei?

staatlicher Polizei, Justiz-Polizei, Stadt-Polizei u. a. heftig kritisiert, weil diese Aufspaltung zu unnötigen Mehrarbeiten und gefährlichen Informationsdefiziten führt. Die Vorschläge zur Einführung einer Kommunalpolizei in Rheinland-Pfalz führen exakt in die falsche Richtung und zurück hinter die Reformen der vergangenen Jahrzehnte, in denen die Polizei mit guten Gründen aus den Kommunen, Landkreisen und Bezirksregierungen herausgelöst wurde. Die mit der Föderalismus-„Reform“ angestoßene Kleinstaaterei soll um eine neue Variante der Zersplitterung erweitert werden. Die Einführung einer Kommunalpolizei ist ein Irrweg. Was kommt als Nächstes? Die Übertragung der Zuständigkeiten für die Bundes-Autobahn und für die Bundes-Wasserstraßen an die Bundespolizei, die ja heute schon für die Bundes-Bahnanlagen zuständig ist? Bleibt am Ende eine Rest-Zuständigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung? Werden wir der Justiz unterstellt?

**Die GdP lehnt die Verlagerung der Zuständigkeit zur Überwachung des fließenden Straßenverkehrs und der sonstigen Verkehrsüberwachung auf die Kommunen ab.**

Seit vielen Jahren bemüht sich die Polizei in Aus- und Fortbildung um den so genannten ganzheitlichen Ansatz. Die

früher zementierten Bearbeitungszuständigkeiten für Schutz- und Kriminalpolizei existieren schon seit Jahrzehnten nicht mehr. In den Polizeiinspektionen werden heute teils mehr als 90% Kriminalitätsdelikte abschließend bearbeitet, damit sich die Kollegen der Kriminalpolizei verstärkt der spezialisierten Kriminalitätsbekämpfung widmen können. Bei Spurensuche, Entnahme von DNA-Spuren, Erkennungsdienstlicher Behandlung, Telekommunikationsüberwachung usw. werden von den BeamtInnen der Schutzpolizei in erheblichem Umfang Kenntnisse aus der Kriminalitätsbekämpfung eingebracht – und dies sehr erfolgreich, wie die enorm gestiegene Aufklärungsquote nachweist. Insofern entspricht das Ansehen der SchutzpolizistInnen in den Köpfen einiger schon lange nicht mehr dem heutigen Erscheinungsbild. Bei Verkehrskontrollen ist heute eben nicht mehr oberstes Gebot, ein Verwarnungsgeld – etwa wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung – zu kassieren. Vielmehr wird bei der Verkehrskontrolle standardmäßig auch geprüft, ob Straftaten entdeckt werden können, etwa Trunkenheitsfahrten, Fahrten unter Rauschmitteleinfluss, Besitz von Betäubungsmitteln oder Diebstähle. Zur Erkennung dieser Delikte sind nicht nur die entsprechenden Kenntnisse und Einsatz-



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



KOMMUNALREFORM

mittel nötig, sondern auch das Vorhandensein entsprechender Eingriffsbefugnisse, wie der Vorläufigen Festnahme, der Blutprobe, der Beschlagnahme pp. Gleiches gilt für die Überprüfung, ob Personen per Haftbefehl gesucht werden. Mit der Übertragung der verkehrspolizeilichen Aufgaben an die Kommunen ginge der Polizei ein wichtiges Standbein für die Verbrechensbekämpfung verloren.

Verkehrssicherheitsarbeit ist neben dem Einsatzgeschehen und der Kriminalitätsbekämpfung die dritte gleichwertige Säule polizeilicher Arbeit. Nicht ohne Grund basiert der Landeszielprozess auf eben diesen drei Säulen (Landesziele 1 bis 3). Die Polizei erhebt umfangreich Daten im Bereich der Verkehrsunfälle, um aufgrund fundierter Analysen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit einzuleiten. Wir haben heute einen im Bundesgebiet anerkannt hohen Stand in der Verkehrssicherheitsarbeit. Kaum ein Land kann sich ähnlicher Rückgänge schwerer Unfälle rühmen. Dieser Erfolg ist auch ein Erfolg des Landeszielprozesses, mit dem knappen Personal genau an der Stelle genau die Maßnahmen zu treffen, die Wirkung zeigen. Eine Aufgabenübertragung auf die Kommunen würde bedeuten, die Steuerung der notwendigen Maßnahmen über viele kommunale Grenzen hinweg koordinieren zu müssen. Verkehrssicherheitsarbeit wäre selbst unter optimalen Bedingungen nicht mehr aus einem Guss. Die zu erwartende Entwicklung ist leicht zu prognostizieren ...

Kontrollstellen werden i. d. R. an erkannten Unfallhäufungspunkten durchgeführt. Sofern andere Gründe nicht dagegen stehen (ungünstiger Ort, Personallage), wird unmittelbar nach der Messung angehalten – wegen des oben beschriebenen „integrativen Ansatzes“, der pädagogischen Wirkung und wegen der Beweisführung, wer das Fahrzeug geführt hat. Heute betrachten viele in der GdP bereits die Übertragung des ruhenden Verkehrs an die Kommunen als Fehler – und viele in den Kommunen auch. Es hat sich – entgegen der Annahme der Landesregierung – gezeigt, dass viele Klagen über angeblich falsch oder ungerecht ausgestellter „Knollen“ bei den gewählten Vertretern in der Kommune landen. Wollte man die mit der Reform einhergehenden Defizite ausgleichen, müsste die Kommune konkret über eigene Polizei verfügen: Also Menschen mit entsprechender Ausbildung, Streifenwagen, Uniform, EDV-(Fahndungs-)Systemen, Einsatzleitstellen, Bewaffnung etc. Dies ist weder wünschenswert, noch leistbar. Im Übrigen stellt sich die Frage, wer die Fahrerermittlungen durchführen soll, wenn die Kommunen lediglich Verstöße feststellen und die Ermittlung des Fahrers anderen überlassen (müssen). Nicht nur hier stellt sich damit die Frage, wo die personelle Entlastung der Polizei denn stattfinden soll. Kommunen verwarnen (zusätzlich zur Polizei?) und die wird durch Ermittlungen gebunden? Die Polizei „spart“ eine Hand voll Messkräfte und braucht ein Vielfaches zur Koordination der Verkehrssicherheitsarbeit?

**Die Verlagerung der Zuständigkeit für das Waffenrecht von den Kreisverwaltungen nach unten lehnt die GdP ab.**

Beim Waffenrecht handelt es sich um eine sehr komplexe und schwierige Materie – die zudem örtlichen Wünschen an Mandatsträger entzogen bleiben sollte. Die Ausstellung von Waffenscheinen und Waffenbesitzkarten sowie die Prüfung der Schießstätten sind sensible Vorgänge und bei den Kreisverwaltungen aus unserer Sicht richtig angesiedelt.

**Der Verlagerung der Zuständigkeit des Versammlungsrechts auf die Kreisverwaltungen stimmt die GdP zu.**

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass viele Verbandsgemeinden, aber auch Städte mit der komplizierten Materie Versammlungsrecht überfordert sind. Die Übertragung auf die KV'en, in denen jeweils auch Juristen be-

diestet sind, ist u. E. sachgerecht. Nach umfassenden Diskussionen mit Fachleuten des Ministeriums und internen GdP-Gremien ist die GdP von ihrer früheren Forderung nach Rückübertragung auf die Polizei abgerückt. Bei den „Vorschlägen“ der Landesregierung handele es sich um Diskussionsgrundlagen, wurde der GdP versichert. Eventuell steckt hinter diesen auch die Absicht, der angespannten Personallage durch Arbeitsentlastung zu begegnen. Manch einer mutmaßt gar, dass nun auch der geplante Personalabbau (s. Deutsche Polizei Mai 2008) erklärbar werde. Ernst Scharbach: „Die GdP wird sich aktiv in den Diskussionsprozess einbringen. Nach den bisherigen Recherchen stehen Städte, Kreisverwaltungen und Verbandsgemeinden hinter den Auffassungen der GdP. Den erzielbaren Einnahmen aus Knollen stünden unkalkulierbare Kosten gegenüber. Die GdP steht für die eine Polizei. Steht übrigens auch so im Leitbild!“

ES

**GdP und PSW im Internet:**  
<http://www.gdp-de/rheinland-pfalz>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:  
[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

Anzeige



**KLINIK BERUS**  
 Zentrum für Psychosomatik und Verhaltensmedizin

Wir arbeiten nach einem wissenschaftlich begründeten verhaltenstherapeutischen Konzept. Betreut werden Sie von einem qualifizierten Behandlungsteam, bestehend aus Fachärzten und Dipl.-Psychologen, Sport- und Bewegungstherapeuten sowie Ergo- und Physiotherapeuten.

Die Klinik Berus ist spezialisiert auf psychosomatische und chronische Erkrankungen:

- ▲ Depressionen
- ▲ Ängste
- ▲ Somatoforme Störungen
- ▲ Persönlichkeitsstörungen
- ▲ Zwänge
- ▲ Chronische Schmerzen
- ▲ Adipositas
- ▲ Magersucht und Bulimie

weitere Schwerpunkte:

- ▲ Chronischer Tinnitus
- ▲ Mobbing
- ▲ Posttraumatische Belastungsstörungen
- ▲ Pathologisches Spielen
- ▲ Behandlung französischsprachiger Patienten
- ▲ Kinder von Patienten können im klinikeigenen Kindergarten betreut werden.

Klinik Berus  
 Orannastraße 55  
 D-66802 Überherrn-Berus  
 Tel.: (06836) 39-0  
 Fax: (06836) 39-178  
 e-Mail: [linikiberus@ahg.de](mailto:linikiberus@ahg.de)  
 Internet: [www.ahg.de/berus](http://www.ahg.de/berus)

KLINIK IM VERBUND DER AHG  
 Mitglied der BDKRMO



BESOLDUNG

# Der Forderung Nachdruck verleihen



Das Land soll endlich bei der Besoldung nachbessern. Das fordern der DGB und seine Gewerkschaften in einer nun schon über Monate gehenden Aktionskette. Der Landesregierung wird jetzt auch auf Großfläche die Forderung des

DGB und seiner Gewerkschaften für eine höhere Besoldung und Versorgung vor Augen geführt. Die o. a. Plakatwand steht direkt vor dem Mainzer Finanzministerium.

TW

## LANDESETAT 2009 UND 2010

### GdP: Im Tarifbereich viel Potenzial

Mit den richtigen Weichenstellungen im Landesetat 2009/10 lässt sich gerade im Tarifbereich der Polizei ungemein viel Potenzial für die Sicherheitsleistung im Land erschließen. Darauf weist die GdP mit ihren Forderungen an Regierung und Parlament hin.

Aus eigenen Erhebungen kennt das ISM die Problematik der ausbildungsfremd besetzten Funktionen in Verwaltung und vor allem Technik der Polizei. Viele der Aufgaben könnten von Tarifbeschäftigten ebenso effektiv und effizient erledigt werden. Aber dafür stehen weder Stellen noch Budget zur Verfügung. Folge: Polizistinnen und Polizisten gehen nicht auf Verbrecherjagd, sondern kümmern sich um das Funktionieren der EDV-Anlagen oder die Verwaltung von Fahrzeugen. Es gibt leider hunderte solcher Beispiele in der Polizei.

Die GdP fordert, in der Personalkonzeption den Kurs zu ändern. In einem Angestelltenprogramm sollen binnen zwei Jahren 100 neue Tarifbeschäftigte eingestellt und so in gleicher Zahl Polizistinnen und Polizisten für die Arbeit in den Inspektionen und Kommissariaten freigesetzt werden.

In dieses Paket gehören auch der Wegfall der „Effizienzrate“, mit der jedes Jahr die Personalbudgets um 1,8% gekürzt werden, die Rückführung von privatisierten Arbeitsbereichen (z. B. Reinigung) und die Reduzierung von Fremdvergaben.

Neue Stellen brauchen eine gute Einstufung, damit Fachkräfte ordentlich bezahlt werden können, so die Gewerkschaft. Weiter fordert die GdP zusätzliche Ausbildungsplätze inkl. Übernahme von Azubis in unbefristete Verträge.

TW

## Kurz und knackig

### ■ Neue Anwärter begrüßt

326 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter haben am 5. Mai in Enkenbach-Alsenborn und Wittlich-Wengerohr ihre FH-Ausbildung aufgenommen. Immerhin 26 mehr als noch vor Wochen vom ISM geplant. Die GdP hatte nachdrücklich die Aufstockung der Einstellungszahl gefordert. Zum Berufsbeginn wünscht die GdP allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start und viel Erfolg.

### ■ Steuern für Pendler runter

Die Pendlerpauschale bleibt nach wie vor umstritten. Nach dem geltenden Steuerrecht darf nur ab dem 21. Kilometer die Steuerminderung als Werbungskosten der Arbeitnehmer geltend gemacht werden. Ob das vor Gericht hält, ist offen. DGB und GdP empfehlen deshalb, auch für das Steuerjahr 2007 die volle Pendlerpauschale zu beantragen. Gegen negative Steuerbescheide für dieses Jahr sollte auf jeden Fall Widerspruch eingelegt werden.

### ■ Entlassung wegen Ebay

Einen Polizeikommissar aus Pirmasens hat jetzt der allzu eifrige Handel im Internet-Aktionshaus Ebay den Beruf gekostet. Er habe binnen drei Jahren auch in Zeiten einer Erkrankung bzw. Suspendierung mit dem Verkauf von Kleidern und Büchern, die er zuvor selbst bei Ebay ersteigert hatte, einen Umsatz von rund 160 000 Euro erzielt – und das ohne Genehmigung einer Nebentätigkeit. Das OVG Rheinland-Pfalz sah darin ein schweres Dienstvergehen. Die Allgemeinheit habe kein Verständnis für einen Beamten, der sich neben seiner Besoldung ein zweites wirtschaftliches Standbein schafft. Das schade dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung. Während seiner Erkrankung habe sich der Beamte zuerst um seine Genesung kümmern müssen, argumentieren die Richter. Der Beamte wurde aus dem Dienst entlassen (Az.: 3 A 11334/07.OVG).



# Bruch entscheidet über Organisationsfortschreibung

**Die Polizeiabteilung hat den Behörden und Einrichtungen der rheinland-pfälzischen Polizei mitgeteilt, was sich an der Polizeiorganisation ändern wird. Der Hauptpersonalrat Polizei erhielt die gleiche Post und das Angebot, die bevorstehenden Maßnahmen zu erläutern. Entgegen der im Januar getroffenen Zusage wurde die GdP inhaltlich nicht beteiligt. In einem Brief an Innenminister Karl Peter Bruch findet GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach diese Vorgehensweise „schade“ und kritisiert einige Maßnahmen auch inhaltlich.**

Die im ISM-Papier vorangestellte Vorgabe der **flexiblen Handhabung auf Ebene der Polizeipräsidien** lässt alle entscheidenden Fragen offen. Die GdP mahnt für die anstehenden Entscheidungen an, dass die Kriminalinspektionen in die Lage versetzt werden müssen, gewerbliche und bandenmäßige Kriminalität zu bekämpfen. Außerdem müssten erforderliche Spezialisierungen, zum Beispiel bei Vermögens- oder Umweltdelikten erhalten bleiben.

Die Erweiterung der **Zuständigkeit der Wasserschutzpolizei** sieht die GdP nur dann unkritisch, wenn bei Todesermittlungen niedrigschwellig auf das zuständige K/1 zurückgegriffen wird. Fachleute sähen heute den größeren Optimierungsbedarf bei der Erkennung unnatürlicher Todesfälle als bei der Bearbeitung erkannter Tötungsdelikte.

Die **Örtliche Fahndung** soll jetzt endgültig als eigenständige Organisationseinheit unmittelbar dem KI-Leiter zugeordnet werden. Die GdP bedauert, dass damit der ursprünglich angestrebte projekthafte Charakter wohl endgültig verloren geht, fordert aber nach dem Motto „wenn schon, denn schon“ die Einrichtung eines Kommissariats. Außerdem stellt die GdP die Frage nach der Personalausstattung, die im Papier des ISM unbeantwortet bleibt.

Bei der **Fortentwicklung der Kriminaldauerdienste** im Land finden es Ernst Scharbach und sein für Kriminalpolitik zuständiger Vertreter Bernd Becker „besonders schade, dass uns keine Gelegenheit mehr gegeben wurde, bei der Entstehung der jetzigen Vorgaben mitzuwirken“. Diese hätte Gelegenheit geboten, auf das derzeit beim PP Koblenz laufende Projekt „**Präsenzdienst statt Rufbereitschaft**“ hinzuweisen. Das Modell lässt bereits erkennen, dass der Verzicht auf die als besonders belastend empfundene

Rufbereitschaft möglich ist. In einer Mitarbeiterbefragung will eine deutliche Mehrheit nicht mehr zurück zur Rufbereitschaft. Bernd Becker: „Eigensicherungs- und Fürsorgegesichtspunkte sowie die durch Arbeit im Team steigende Chance auf gute Qualität der abgelieferten Arbeit sprechen eindeutig für eine **Eliminierung des Dienstes in Rufbereitschaft**“. Ernst Scharbach bringt es in seinem Brief an Minister Bruch zum Schluss auf den Punkt und weist auf den Zusammenhang zum Konzept der Landesregierung zur Gesundheitsförderung hin: „Das ist das krasse Gegenteil von Verhältnisprävention“. Die Präsidien und die Personalräte vor Ort sind gefordert.

Die **Anbindung des Dauerdienstes an K/7** bringt aus Sicht der GdP keine Vorteile. Neben grundsätzlichen Vorbehalten gegen die Verquickung der Erhebung des objektiven und subjektiven Befundes ist ein gewichtiger Grund gegen diese Maßnahme die Entstehung unverhältnismäßig großer Organisationseinheiten, insbesondere in den drei großen Präsidien. „Die Vielfalt der Aufgaben ist führungsmäßig kaum leistbar; der Leiter eines K/7 dürfte heutzutage seine liebe Mühe und Not damit haben, bei der für die Polizeiarbeit insgesamt sehr wichtigen Entwicklung der Kriminaltechnik einigermaßen auf Ballhöhe zu bleiben. Sich parallel um die Organisation eines Dauerdienstes zu kümmern mutet befremdlich an“. So heißt es im Brief an den Innenminister. Eine Tendenz zur Optimierung des Ersten Angriffs durch den Dauerdienst werde deutlich, konstatiert die GdP.

An den ministeriellen Ausführungen zur „**Konzentration der Bearbeitung von Jugendsachen**“ bemängelt die GdP grundsätzlich, dass permanent von einem vorhandenen „Sachgebiet Jugendkriminalität“ die Rede sei, das ausweislich ei-

nes fehlenden Leiters tatsächlich nicht vorhanden sei. Folgerichtig sei die Frage, ob denn nach einem – wie auch immer gearteten – Aufgabenübergang ein solches gegründet werde. Die GdP sieht die Gefahr, dass das Haus des Jugendrechts durch die rege politische Diskussion zum vermeintlichen Allheilmittel geworden sei. In den Oberzentren, so die GdP, würden nur durch die Einbeziehung der außerpolizeilichen Beteiligten am Jugendstrafverfahren (Kultur der Zuständigkeit) die Nachteile aufgewogen, die ansonsten durch eine Konzentration der Aufgabe entstünden. „Die Zentralisierung alleine (in einem Jugendsachgebiet von annähernd der Größe einer Flächen-KI) lässt zunächst einmal die Befürchtung aufkommen, dass sich die Bearbeitungszeiten verlängern und Orts- und Personenkenntnis – erworben zum Beispiel durch den täglichen Kontakt zu den Bezirksbeamten – verloren geht“. Daraus folgt für die GdP eine Forderung, die bereits im letzten Jahr von den Fachausschüssen S & K erhoben wurde: Nur dort, wo die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechts auch tatsächlich bevorsteht, sollte auch der polizeiliche Part zentralisiert dargestellt werden.

Wie genau die sachliche Zuständigkeit der Jugendsachbearbeiter der Polizeiinspektion am Standort der Kriminalinspektion sein wird, weiß noch niemand. Die GdP weist auf die Regelung für das Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen hin.

Dazu die Meinung von Bernd Becker: „Im Spannungsfeld zwischen Täterorientierung und an der Arbeitsweise oder am Delikt fest gemachter Spezialisierung müssen behutsame Entscheidungen getroffen werden. Die Vorgaben des Ministers lassen noch viele Fragen offen. Vor Ort wird schon fleißig interpretiert. Niemand ist auferufen, das Kind mit dem Bade auszuschütten“.

Zur **Gründung eines SB 14 in den Führungsstäben Koordination der Präventionsaktivitäten** gibt es eine klare GdP-Auffassung: „Dazu haben wir nicht das Personal“.

BB



# Die GdP gratuliert zur Diplomierung



Am Ziel: 250 AnwärterInnen des 29. Studienganges FH erhielten am 25. April ihre Diplomierungsurkunden. Staatssekretär Roger Lewentz, der zusammen mit FH-Leiter Hansjörg Weidmann die Diplomierung vornahm, nutzte seine mit viel Lob bedachte Ansprache, den Einsatzkräften bei der Brandkatastrophe in Ludwigshafen zu danken. Dort waren auch Angehörige des 29. Studienganges tätig gewesen. Besonders freuen durften sich unsere GdP-Kollegen Jennifer Gleixner und Markus Sander vom PP Koblenz: Mit 13,5 Punkten wurden beide Lehrgangsbeste! Die GdP gratuliert den neuen Kommissarinnen und KommissarInnen z. A. und drückt den Kolleginnen und Kollegen die Daumen, die vor der Wiederholungsprüfung stehen!

## KURZ BERICHTET

# Aus dem Hauptpersonalrat Polizei

Die Aus- und Fortbildung in den Bereichen Schieß- und Einsatztraining soll in Rheinland-Pfalz künftig an vier zentralen Liegenschaften erfolgen. In Wittlich und Enkenbach werden neue Schießstätten gebaut, an denen unter sehr günstigen Rahmenbedingungen sowohl das Schieß- als auch das Einsatztraining durchgeführt werden können. Mit dieser Neukonzipierung sind erhebliche Organisationsänderungen verbunden, mit Auswirkungen auf alle Waffenträger, aber auch auf die bisherigen Trainer. In der Sitzung des HPRP wurden die Rahmenbedingungen und Auswirkungen ausführlich mit den Vertretern des Ministeriums diskutiert. Um den gravierenden Änderungen gerecht zu werden, hat der HPRP die Beschlussfassung auf die Juni-Sitzung verschoben, um den Personalräten der Behörden und Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, Anregungen oder Bedenken in die Überlegungen einfließen lassen zu können.

Am 8. Mai fand in Aula der BePo in Mainz-Hechtsheim eine Veranstaltung des ISM zum Thema **Audit Beruf&Familie** statt. Die Veranstaltung diente u. a. dazu, die Ziele und Inhalte einer Intranetplatt-



form zur flächendeckenden Information berufstätiger Väter und Mütter vorzustellen. Des Weiteren wurden Vorträge zur Thematik „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ generell und für den Polizeibereich vorgestellt. Die Info-Plattform kann im Intrapol aufgerufen werden.

Bei der Einführung der neuen **Dienstwaffen** sollen die Anwender in die Entscheidung eingebunden werden. Insgesamt werden 100 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Polizei an der Erprobung teilnehmen: Männer, Frauen, Links- und Rechtshänder, S + K. Die Erprobung erfolgt in der Zeit von Ende Mai bis Mitte Juni.

Im Rahmen der Fortentwicklung der **Stress- und Konfliktbewältigung** sollen die Bereiche „Gesundheitsorientiertes Stressbewältigungstraining“ und „Konfliktbewältigungstraining“ zukünftig als selbstständige Komponenten angeboten werden. Den Teilnehmern bleibt die Möglichkeit erhalten, auch künftig beide Trainings zu besuchen.

**Margarethe Relet, Dieter Kronauer (Tarif), Ernst Scharbach (Beamte)**

Anzeige



**PSW-Rabatt?**  
[psw-reisen@gdp-online.de](mailto:psw-reisen@gdp-online.de)  
 0 61 31/9 60 09 23





**OPEL**



Abb. zeigt Sonderausstattungen.

**Der neue Opel Agila  
Flex in the City**

[www.psw-neufahrzeuge.de](http://www.psw-neufahrzeuge.de)

Herrn  
Karl Muster  
per E-Mail



**Unverbindliches (beispielhaftes) Angebot:**

Opel Agila Edition	14.520,-
Polster marokkoblau	405,-
Style-Paket	550,-
ESP	360,-
4-Stufen-Automatik	im Grundpreis
<b>Gesamtpreis:</b>	<b>15.835,-</b>
<b>Unser Preis:</b>	<b>13.697,38</b>
Überführung	510,-
<b>Gesamtpreis:</b>	<b>14.207,28</b>

Zur Abholung Ihres Fahrzeuges erhalten Sie vom Händler einen Mietfahrzeug-Gutschein! Finanzierung/Leasing möglich!

## GdP-Jubilare geehrt – Detlef Maurer Vorsitzender

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde ehrte die Koblenzer GdP Kollegen für ihre langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit. Polizeipräsident Horst Eckhardt, Landesseniorenvorsitzender Rainer Blatt und Landesvorsitzender Ernst Scharbach gratulierten den Jubilaren und verliehen die Urkunden. Kreisgruppenvorsitzender Detlef Maurer dankte allen Kollegen für ihre Solidarität und ihr Engagement. Geehrt wurden für

**50-jährige Mitgliedschaft: Franz-Josef Berlig, Rudolf Dahlke, Theodor Keller, Rolf Spurk, Willibald Wagner, Karl Wölb, Willi Bretz** sowie unser langjährig in Funktionen der GdP auf Bundes- und Landesebene tätige Kollege **Heinz Blatt**.

Auf **40 Jahre GdP-Mitgliedschaft** blicken zurück: **Wolfgang Ballweg, Gerhard Jung, Karl-Rüdiger Horn, Rainer Mecking, Willi Meid, Heribert Michaely, Hans Rudolf Reiländer, Klaus Weyand und Hans Witte**.

Zum **25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum** wurden mit der Urkunde und Ehrennadel ausgezeichnet: **Jürgen Geyer, Kenneth Hahn, Bernd Hanowski, Oliver Jung, Dirk Lindenlauf, Helma Reintrog, Thomas Richter, Ralf Schomisch, Klaus Schönberger, Felix Volk und Detlef Maurer**.

In der anschließenden Mitgliederversammlung informierte Detlef Maurer zur gewerkschaftlichen Situation. Ulrich Nieß trug den Kassenbericht vor. Durch Dieter Ewert wurde die Entlastung des Vorstandes beantragt, dem die Versammlung einstimmig zustimmte. Unter Leitung von Ernst Scharbach wählte die Versammlung den neuen Kreisgruppenvorstand:

Vorsitzender: **Detlef Maurer**

Stellv. Vorsitzende: **Iris Michel, Gerhard Wagner, Eddie Bragard, Klaus Mies**

Schriftführer: **Sascha Büch**/Vertreter: **Christian Günter**

Kassierer: **Ulrich Nieß**/Vertreter: **Jürgen Kohl**

Beisitzer: **Peter Hahmann, Markus Porredda**

Detlef Maurer dankte den ausgeschiedenen Vorständen Horst Birk, Irmina Mischker und Dieter Kerschsieper für ihre langjährige Mitarbeit. Weiter fanden Wahlen zum Gesamtvorstand und Delegiertenwahlen statt.

Ernst Scharbach informierte die annähernd 60 aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörer über den aktuellen Sach-



Die Geehrten mit PP Eckhardt (5. v. r.)

stand der gewerkschaftlichen Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene sowie die Schwerpunkte gewerkschaftlichen Handelns. Themenschwerpunkte wie Besoldung und Beförderung, Stellenbewertung, Personalgewinnung und Ausbildung, Einstellungen und Organisationsänderungen, Effizienz polizeilicher Sachbearbeitung sowie fühlbare gewerkschaftsinterne „Solidaritätsentfremdung“ wurden in der anschließenden

Ausprache diskutiert. Der Landesvorsitzende stellte unmissverständlich klar, dass die GdP mit wachem Auge die Entwicklungen beobachten und hierauf Einfluss nehmen wird.

Detlef Maurer fordert die Mitglieder auf, sich zukünftig aktiver an gewerkschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen. Gegen 18.00 Uhr endete eine lebhaft mit Diskussionsinhalten gespickte Mitgliederversammlung. **Gerhard Wagner**

### BUCHBESPRECHUNG

## Polizeigeschichte

**Sicherheit und Ordnung betreffend. Geschichte der Polizei in Kaiserslautern und in der Pfalz 1276 – 2006.**

von EPHK a. D. Hans Kirsch

Kaiserslautern 2007  
819 Seiten, 180 Fotos, 32 Euro.  
ISBN 3-9810838-3-0  
ISBN 978-3-9810838-3-5

Ausführlich und geradezu spannend schildert der Autor die Polizeigeschichte der Stadt Kaiserslautern und der Region Pfalz vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Zeit des Dritten Reiches und der ersten Nachkriegszeit. Fazit des Historikers Dr. Dieter Wolfanger: „Ein Buch, zu dessen Thematik es nichts Vergleichbares gibt.“



Bestelladresse:  
Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz  
GmbH  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Tel.: 0 61 31/9 60 09 31  
<http://www.psw-rp.de>  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)

